

Inhalt der Sitzung vom 21.01.2008

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 17.12.2007 gefassten Beschlüsse

Zu Beginn der Sitzung gab Bürgermeister Huckele die Beschlüsse aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 17.12.2007 bekannt. Einstimmig wurden jeweils die Niederschlagung einer Gemeindeforderung, der Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet „Nord-West“ und die Höhergruppierung eines Verwaltungsfachangestellten beschlossen. Außerdem wurde beschlossen, das vertraglich festgelegte Vorkaufsrecht gegenüber der Firma AstraZeneca geltend zu machen.

TOP Ö 2 Entscheidung über die Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Eltern und Kinder des Kindergartens St. Nikolaus spendeten 235,- Euro für die „Tour Ginkgo 2007“. Für den Adventskalender spendeten die Volksbank Kur- und Rheinpfalz eG 250,- Euro und die Sparkasse Heidelberg 200,- Euro.

GRat Karl Schleich (CDU) dankte den Spendern herzlich und stimmte im Namen seiner Fraktion der Annahme der Spenden zu.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) vernahm mit Freude von den Spenden und stimmte der Vorlage zu.

GRätin Gaby Wacker (SPD) würdigte besonders das soziale Engagement des Kindergartens und stimmte für die SPD-Fraktion zu.

GRat Winfried Wolf (GLP) schloss sich den Worten seiner Vorredner an und gab die Zustimmung der GLP-Fraktion.

TOP Ö 3 Erneuerung der Lüftungstechnik in der Mehrzweckhalle - Vergabe der Bauleistung 1. Bauabschnitt Halle und Nebenräume

Nach verschiedenen anderen Sanierungsarbeiten hat sich im Rahmen der regelmäßigen Wartungsarbeiten gezeigt, dass auch die Lüftungstechnik der Halle sowie der Gymnastik- und Umkleieräume erneuerungsbedürftig ist. Im 1. Bauabschnitt soll nun die Steuerung und Regelung der Anlage ersetzt werden.

Über diese Leistungen und für die Sanierung der Eingangsfassade wurde im vergangenen Jahr ein Antrag auf Bezuschussung beim Regierungspräsidium gestellt. Mit Zuwendungsbescheid wurde daraufhin ein Zuschuss aus Sportförderungsmitteln in Höhe von insgesamt 20.500,- Euro gewährt. Beim 2. Bauabschnitt, der im Haushaltsjahr 2008 geplant ist, sollen die Lüftungsmechanik und die Kanäle erneuert werden.

Zum Submissionstermin lag nur ein Angebot vor. Ein weiteres Angebot mit einer höheren Angebotssumme wurde verspätet abgegeben und konnte daher nicht mehr in die Wertung eingehen. Im Haushaltsplan 2007 waren entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt, die als Haushaltsrest in dieses Jahr übertragen wurden.

GRat Karl Schleich (CDU) erinnerte daran, dass die Mehrzweckhalle vor 30 Jahren gebaut wurde. Da weitere Sanierungen bevorstehen, sollten entsprechende Haushaltsmittel zurückgelegt werden. Er zeigte sich erfreut darüber, dass aus Sportförderungsmitteln ein Zuschuss gewährt wurde.

GRat Gerhard Waldecker (PL) stimmte für seiner Fraktion der Auftragserteilung grundsätzlich zu. Leider habe aber nur ein Angebot vorgelegen. Er begrüßte ausdrücklich die Bezuschussung der Maßnahme.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) hielt die Erneuerung der Lüftungssteuerung für eine notwendige Maßnahme.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) kritisierte den niedrigen Kostendeckungsgrad der Halle und den hohen Kostenaufwand in Relation zu anderen Investitionen. Er bat um eine Kostenaufstellung über die Sanierungsmaßnahmen der letzten 10 Jahre.

Bei zwei Enthaltungen der GLP-Fraktion wurde der Auftrag zur Erneuerung der Lüftungssteuerung in der Mehrzweckhalle an die Firma Herbert aus Einhausen zum Angebotspreis von 55.325,34 € erteilt.

TOP Ö 4 – 8 Bauanträge

- Der Bauantrag zum Neubau zweier Wohngebäude mit integrierter Doppelgarage auf den Grundstücken Flst.Nr. 255 und 275/9, Leopoldstr. 54, wurde einstimmig befürwortet.
- Der Gemeinderat erteilte einstimmig das Einvernehmen zum Bauantrag für die Errichtung von je einer Doppelhaushälfte mit einer Garage und einem Stellplatz bzw. mit zwei Stellplätzen auf den Grundstücken Flst.Nr. 3532, 3532/3 im Pestalozziweg.
- Mehrheitlich, bei vier Gegenstimmen der SPD-Fraktion, wurde beschlossen, das Einvernehmen für den Anbau eines Wohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 3773, Am Ungersgarten 40, zu versagen, da sich das Vorhaben nicht in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.
- Mehrheitlich, bei drei Gegenstimmen von GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende, GRätin Gaby Wacker und GRat Werner Engelhardt (alle SPD) sowie zwei Enthaltungen von GRat Dieter Schneider (SPD) und GRätin Ulrike Breitenbücher (PL), stimmte der Gemeinderat dem weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion zu. Dieser sieht die Errichtung einer Maschinenhalle (30 m x 20 m) auf den Grundstücken Flst.Nr. 2872, 2873/1 und 2874 im Gewinn Eppelheimerweg rechts, bei gleichzeitigem Verzicht auf den im Bauantrag vorgesehenen Maschinenschuppen, vor.
- Bei zwei Gegenstimmen der GLP, 14 Enthaltungen der CDU, PL, SPD und der Ja-Stimme des Bürgermeisters wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung, die bisherige ablehnende Haltung zur Errichtung einer Wohnung im Erdgeschoss des Nebengebäudes und zur Bestandsaufnahme von zwei weiteren Wohnungen im Dachgeschoss des Hauptgebäudes auf dem Grundstück Flst.Nr. 317, Schwetzingen Str. 6, nicht weiter aufrecht zu erhalten, abgelehnt.

TOP Ö 9 Antrag zur Behandlung des Tagesordnungspunkts – Durchführung eines Dauerpumpversuchs zur Wiederinbetriebnahme des Wasserwerks – gemäß § 34 GO

Neun Gemeinderatsmitglieder der Fraktionen der PL, SPD und GLP haben mit Schreiben vom 20.11.2007 gemäß § 34 GO beantragt, die Durchführung eines dreimonatigen Dauerpumpversuchs zur abschließenden Beschlussfassung auf die Tagesordnung zu setzen.

In der letzten nichtöffentlichen Informationssitzung am 11.12.2007 berichtete Bürgermeister Huckele davon, dass er mit den Herren Dr. Baldauf und Dr. Hesse vom TZW (Technologiezentrum Wasser) am 03.12.2007 in Karlsruhe Kontakt aufgenommen habe. Bei einer Besichtigung des gemeindeeigenen Wasserwerks am 19.12.2007 und dem anschließenden Gespräch im Rathaus empfahl Herr Dr. Baldauf u. a. die Untersuchung der Brunnen auf die PSM-Metabolite Chloridazon-Desphenyl und Dimethylsulfamid (DMS), leichtflüchtige Halogenkohlenwasserstoffe einschließlich cis-1,2-Dichlorethen, die bei der Beprobung im Jahr 2006 nicht analysiert wurden. Die

deutschlandweite Belastung der Grundwässer ist erst im Frühjahr des vergangenen Jahres bekannt geworden. Um eine mögliche Belastung des Plankstädter Grundwassers zu eruieren, wurden durch das TZW am 09.01.2008 Wasserproben entnommen. In der Trinkwasserverordnung sind die Stoffe nicht explizit als Einzelparameter ausgewiesen, sie sind jedoch als Summenparameter relevant und würden bei einem Analysenachweis im Falle einer Einspeisung eine Ausnahmegenehmigung erfordern.

Vor einer Entscheidung bzw. endgültigen Beschlussfassung zur Durchführung des Dauerpumpversuchs sollten die Analyseergebnisse vorliegen und Herrn Dr. Baldauf Gelegenheit gegeben werden, dem Gemeinderat aus seiner unvoreingenommenen neutralen Sicht das Für und Wider einer Eigenförderung darzulegen. Danach ist die weitere Vorgehensweise abzustimmen.

Bürgermeister Huckele gab bekannt, dass die Probenergebnisse vorliegen und bei beiden Brunnen nicht unerhebliche Mengen der getesteten Schadstoffe gefunden worden seien. Eine Überschreitung der Grenzwerte in der Trinkwasserverordnung liege zwar nicht vor, jedoch sei eine Überschreitung der sogenannten Vorsorgewerte gegeben. Als Fazit habe Herr Dr. Baldauf empfohlen, auf eine Eigenwasserförderung zu verzichten. Der Bürgermeister schlug aufgrund der aktuellen Ergebnisse eine Vertagung der endgültigen Beschlussfassung vor. GRätin Jutta Schuster (CDU) sprach von einer „unendlichen Geschichte“. Man müsse jedoch sorgfältig abwägen und danach erst entscheiden. Sie stimmte einer Vertagung zu.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) kritisierte, dass Stoffe analysiert wurden, die nicht untersucht werden müssen. Trotzdem stimmte er einer Vertagung zu und forderte zum Sitzungstermin mit den Experten eine komplette Kostenaufstellung für einen Dauerpumpversuch.

GRat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) nannte als angestrebtes Ziel die unabhängige Wasserversorgung Plankstadts. Gutes Wasser zur Verfügung zu haben sei schwieriger als Öl und Gas. Da die Wasserreserven zunehmend verschmutzt werden, wird gutes Wasser immer wertvoller. Dabei hielt er die Landwirtschaft für den Hauptverursacher der Belastungen. Trotz der Verzögerung einer Entscheidung stimmte er der Vertagung zu. Eine langfristige Lösung, die alle Interessen berücksichtigen, müsse gefunden werden.

GRat Hans-Peter Helming (CDU) entgegnete, dass die Landwirtschaft keine illegalen Mittel verwende, sondern nur solche, die von der Biologischen Bundesanstalt genehmigt worden seien.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) merkte an, dass immer wieder neue Argumente gegen die Wasserförderung vorgetragen werden. Wasser sei nun mal nicht nur Leben, sondern auch eine Ware, d. h. ein lukratives Geschäft. Das Wasserwerk habe 27 Jahre lang Geld gekostet und jetzt müsste es schließen, obwohl es durchaus zu einem mittelständischen Betrieb ausgebaut werden könnte. Er sah in der eigenen Wasserförderung einen deutlichen Kostenvorteil.

GRat Winfried Wolf (GLP) betrachtete es als fahrlässig, die bekannten Fakten außer Acht zu lassen. Eine eigene Wasserförderung sei mit einem hohen, nicht kalkulierbarem Risiko verbunden. Die Grundvoraussetzungen ließen sich nun mal nicht ändern. Er war der Meinung, dass die Überlegungen im Moment keinen Sinn machen und schlug vor, die geplanten Maßnahmen zu stoppen, um weitere Kosten zu sparen. Vielmehr solle man einen vernünftigen Wasserlieferungsvertrag mit den Stadtwerken Schwetzingen abschließen.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass die Technik des Werkes auf dem Stand von 1981 sei und damit total veraltet. Er sah keinen Grund, „ohne Not“ eine Eigenförderung mit dem damit einhergehenden großen Risiko anzustreben.

GRat Dieter Schneider (SPD) sprach von einem früher diskutierten „Kuhhandel“ mit Schwetzingen, der den kostenlosen Anschluss von Plankstadt an die Fernwärmeversorgung bei gleichzeitiger Übernahme des Wassernetzes von Plankstadt vorsah.

Mit mehrheitlichem Votum, bei einer Enthaltung von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP), vertagte der Gemeinderat die endgültige Beschlussfassung zur Durchführung eines Dauerpumpversuchs.

TOP Ö 10 Bekanntgaben, Anfragen

1. Rückstufung der Eisenbahnstraße

Bürgermeister Huckele gab bekannt, dass unabhängig von der Fertigstellung der B 535 aktuell das Regierungspräsidium prüfe, ob die L 544 (Eisenbahnstraße) bereits 2008 zur Ortsstraße abgestuft werden könne. Die Abstimmung mit dem Rhein-Neckar-Kreis ist vorab noch durchzuführen. In diesem Zusammenhang werde auch geprüft, ob die Abstufung der L 543 (Eppelheimer und Schwetzingen Straße) ebenfalls vorgezogen werden könne.

2. Altlasten Lärmschutzwall Gässeläcker

GRat Winfried Wolf (GLP) bezog sich auf den Artikel in der Schwetzingen Zeitung vom 18.01.2008 und fragte nach dem aktuellen Sachstand.

BAL Boxheimer meinte, dass vieles in Richtung auf eine juristische Auseinandersetzung hindeute.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sprach in diesem Zusammenhang die künftige Erschließungsmaßnahme im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ an.

BAL Boxheimer sicherte zu, dass man bei der Erschließung auf Altlasten achten werde, wobei in diesem Baugebiet die Flächen des Lärmschutzwalls nicht mit einbezogen werden, da im Gegensatz zu dem Baugebiet „Gässeläcker“ die Grundstücksgrenzen am Fuß des Lärmschutzwalls verlaufen.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) vermutete wegen der drohenden Grundwasserverschmutzung eine Zuständigkeit der Gemeinde.

BAL Boxheimer antwortete, dass in diesem Fall die untere Wasserbehörde des Rhein-Neckar-Kreises zuständig für die Gefahrenabwehr sei.

GRat Andreas Berger (CDU) wies daraufhin, dass es zulässig ist, leicht belastete Stoffe in Lärmschutzwälle einzubringen.

3. Mautstelle B 535

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) fragte nach dem aktuellen Sachstand.

BAL Boxheimer sagte eine Bearbeitung zu.

4. Mängelliste Humboldtschule

GRätin Gaby Wacker (SPD) fragte, ob die bei der Begehung in der Humboldtschule geforderte Prioritätenliste mit Zeitplan schon fertiggestellt sei.

BAL Boxheimer rechnete hier noch mit einem Zeitbedarf von 4-5 Wochen.

5. Weihnachtsmarkt

GRätin Gaby Wacker (SPD) gab eine Bürgeranregung weiter, wonach die an den Markt angrenzenden Platanen an Weihnachten mit Lichterketten geschmückt werden sollten.

Bürgermeister Huckele sicherte die Umsetzung des Vorschlags zu.

6. Straßenbeleuchtung Borsigstraße, Einmündung der L 543 in den Zubringer zur B 535

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) wies auf die fehlende Beleuchtung in diesem Bereich hin und sah dies als Gefahrenpunkt an. Außerdem stellte er fest, dass nur noch zwei Warnbarken, die den Fuß- und Radweg entlang der L 543 vor der Einmündung in die B 535 trennen, vorhanden seien.

Das Bauamt hatte diesen Mangel bereits weiter gemeldet.

7. Zustellung der Sitzungsunterlagen

GRat Dieter Schneider (SPD) bat darum, die Zustellung der Sitzungsunterlagen am Mittwoch vor der Sitzung nicht zur Regel werden zu lassen.

Bürgermeister Huckele begründete die ungewohnt späte Zustellung einmal mehr mit der Nichtbesetzung der Hauptamtsleiterstelle seit Mai 2007.

8. Fuß- und Radweg Borsigstraße Schwetzingen in Richtung Brühler Weg

GRätin Jutta Schuster (CDU) wies auf die fehlende Beleuchtung des betreffenden Verbindungsweges hin.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass es sich überwiegend um Schwetzingen Gemarkung handle. Er werde die Anregung an die Nachbargemeinde weiterleiten.

GRat Gerhard Waldecker (PL) bat darum, am Beginn und Ende des Weges Absperrpoller anbringen zu lassen, um die Durchfahrt von Autos zu verhindern.